

# Kampf statt Konsens

Das Energiekonzept der Bundesregierung soll die „grundsätzlichen Schneisen“ der Energiepolitik liefern. Die Kritik gerade von der Industrie will nicht abreißen.

eid „Das sind nicht die zehn Gebote, die wir da aufgeschrieben haben“, so Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Das Energiekonzept sei „in jeder Hinsicht technologieoffen und demokratieoffen“, vielleicht entschlief sich ja die Gesellschaft in zehn Jahren, wie Großbritannien auf erneuerbare Energien und Kernenergie zu setzen, sagte er mit einem Augenzwinkern beim Luncheon der British Chamber of Commerce in Germany in Berlin. Energiepolitik sei eine „enorme demokratische Herausforderung“. Er wäre dafür, „dass Energiepolitik ein Konsensthema wird. Das Gegenteil ist der Fall: ein KampftHEMA.“ Die Opposition sei zu einem Kompromiss nicht bereit gewesen. „Aber vielleicht hätten wir ja auch mal anders reden müssen. Das wäre ein Gebot der Klugheit gewesen.“

Röttgen umriss die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wachstum sei im vergangenen Jahrhundert von Ressourcenverbrauch geprägt gewesen, „seit Jahr und Tag viel höher als die Erde generiert. Die tief hängenden Früchte der Ressourcen sind schon längst aufgebraucht.“ Jetzt sei eine Umstellung auf Naturschonung und Ressourceneffizienz notwendig, was aber ebenfalls Wachstumschancen biete. Es gehe auch um die globale Wettbewerbsfrage, wer das am besten schaffe. „Erfreulicherweise liegen wir bei Umwelttechnologien vorn.“ Dafür sorgten die deutschen Ingenieure. Zusätzlich zu technischen Innovationen sei ein neues kulturelles Verständnis von Vorsorge und Nachhaltigkeit erforderlich. Die angestrebte Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 80 bis 90 Prozent bis 2050 erfordere eine „fundamentale Veränderung der Wirtschaft in nur 30, 40 Jahren“. Röttgen räumte aber ein, dass man industrielle CO<sub>2</sub>-Emissionen zulassen müsse, damit Deutschland ein Industrieland bleibe.

Genau dieses Thema, die Bedeutung des Energiekonzepts für den Industriestandort, stand im Mittelpunkt einer Konferenz des Forums für Zukunftsenergien, zu dem Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle kommen wollte, sich dann aber doch entschuldigen ließ. Die Diskussion zeigte, dass das „Sparpaket“ des Bundesfinanzministeriums bröckelt. Ulrich Gril-

lo, Vorstandschef der Grillo-Werke AG und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, wusste zu berichten, dass die Planungen zur Kürzung der Energiesteuererleichterungen für die energieintensive In-



„Das sind nicht die zehn Gebote, die wir da aufgeschrieben haben“ – Bundesumweltminister Norbert Röttgen kommentiert beim British Chamber of Commerce in Germany das Energiekonzept der Bundesregierung.

Bild: BMU / Matthias Lüdecke

dustrie um 1,5 Milliarden Euro „abgeschwächt“ werden sollen (Seite 3). Joachim Pfeiffer und Garrelt Duin, Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU- bzw. SPD-Bundestagsfraktion, waren sich einig, dass der Ansatz im Sparpaket so nicht aufrechterhalten werden kann. Pfeiffer denkt an eine Beschränkung auf die Mitnahmeeffekte, „da reden wir über 500 Millionen Euro“, und Duin erinnerte an die Vereinbarung der rot-grünen Regierung mit der Industrie: „Es gibt eine Verabredung, die gilt bis 2012. „Wir müssen jetzt schon diskutieren, wie es danach weitergeht.“

Hinsichtlich des Energiekonzepts kann Grillo nicht verstehen, dass für Strom eine Importquote von 30 Prozent für 2050 akzeptabel sein soll. „Eine weitere Abhängigkeit passt nicht.“ Für ihn ist auch fraglich, ob ein 80prozentiges CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel wirtschaftlich überhaupt verkraftbar ist. „Wir sind nicht unbegrenzt quälbar.“ Pfeiffer betonte, mit dem Energiekonzept seien die grundsätzlichen Schneisen geschlagen. „Wir sind am Anfang eines Prozesses. Wir werden und

müssen Instrumente finden, um den Industriestandort zu erhalten.“

BASF-Vorstand Harald Schwager sieht eine „schleichende Deindustrialisierung“. Investitions-Leakage finde schon seit Jah-

ren statt. Einige der dem Energiekonzept zugrunde liegende Annahmen machen ihm Sorgen, so die Annahme, Carbon Capture and Storage (CCS) sei 2025 funktionstüchtig. Technologisch stehe man noch am Anfang, hinzu kämen die Akzeptanzprobleme. Im Übrigen sei der Frage, was der „sinnvoll ausgegebene Euro“ im Klimaschutz sei, überhaupt nicht nachgegangen worden.

Ursula Heinen-Esser, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, sicherte der Industrie Unterstüt-

zung zu. „Wir sehen die Probleme“, sagte sie. Die 80- bis 95-prozentige Emissionsminderung sei der richtige Weg. „Die übrigen Mengen sind reserviert für die Industrie, weil wir wissen, dass die Industrie CO<sub>2</sub> emittiert und es gar nicht anders geht.“ Man wolle das Energiekonzept und die darin bereits enthaltenen 60 Maßnahmen „zusammen mit der Industrie unterlegen“.

Der Wert des Energiekonzepts liege darin, „dass man zeigt, dass eine solche Transformation geht“, sagte Felix Matthes vom Öko-Institut. Bei wirklichen Problemen müsse es eine zielgerichtete Kompensation für die Industrie geben, man müsse weg von einer Vermutungskultur, sondern konkret auf den Problemfall eingehen. Die langfristigen Klimaziele seien ohne Alternative. Es werde aber keinen deutschen Alleingang geben, „der Zug rollt ohnehin in diese Richtung“. Selbst in China gebe es schon Überlegungen zum Emissionshandel. Matthes ist überzeugt: „Die Laufzeitverlängerung wird relativ schnell wieder gehen, die Klimaschutzziele werden bleiben.“ ■